

Wiener Erklärung



“Nachhaltige Energiepolitik in Europa“

präsentiert von:

Claude Turmes, MEP, Energiesprecher der Europäischen Grünen
Eva Glawischnig, stv. Bundes- und Energiesprecherin der Grünen

Wien, am 7. März 2006



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Wiener Erklärung

“Nachhaltige Energiepolitik in Europa“

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind Probleme wie Klimawandel, schwindende Öl- und Gasreserven oder nukleare Risiken – insbesondere die Verbreitung von Atomwaffen – bekannt. Nun jedoch haben die steigenden Energiepreise und die Sorge um die Sicherstellung der Energieversorgung die Energiefrage auf der medialen und politischen Tagesordnung weit nach oben gebracht.

Am 8. März 2006 wird die Europäische Kommission das Grünbuch „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“ verabschiedet. Dieses Grünbuch wird am 14. März bei einem Sondertreffen des Rats der Minister für Energiefragen diskutiert, bevor es beim Frühjahrsgipfel am 23. und 24. März 2006 auf der Tagesordnung steht. Dadurch soll eine neue Energiepolitik für Europa vorbereitet werden. Vor diesem Hintergrund benennt die Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament für das künftige Vorgehen in der europäischen Energiepolitik folgende Prioritäten:

1. Versorgungssicherheit: Reduzierung der weltweiten Abhängigkeit vom Öl

Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2030 etwa 94 % des in der EU benötigten Öls importiert werden müssen, verglichen mit 70 % zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Dieses Ergebnis steht in Zusammenhang mit einer zu erwartenden Zunahme des Bedarfs bei gleichzeitig abnehmender einheimischer Produktion. Die Versorgungssicherheit wird weiterhin auch dadurch gefährdet, dass etwa 30 % des weltweiten Ölbedarfs von lediglich einer Region, dem Nahen Osten, gedeckt werden, wobei wiederum Saudi-Arabien knapp die Hälfte ausmacht. Die mögliche politische Instabilität in vielen Öl produzierenden Ländern sowie ein steigender Bedarf in Ländern mit einer aufstrebenden Wirtschaft lassen vermuten, dass die Ressourcen sich weiter verknappen und die Preise deswegen noch schneller ansteigen. Die EU-Politik muss dringend nach Lösungen suchen, um die große Abhängigkeit Europas vom Erdöl durch intelligente Strategien möglichst schnell deutlich zu verringern.

2. Den Einfluss der EU auf den Weltenergiemarkt nicht überschätzen

Die EU muss nach außen mit einer Stimme sprechen, um mit der gut aufgestellten Energieaußenpolitik der USA sowie den diplomatischen Anstrengungen Indiens und Chinas konkurrieren zu können. Dabei müssen jedoch nicht nur die Kommission und die Regierungen besser kooperieren, sondern auch alle weiteren wichtigen europäischen Akteure, namentlich

Nichtregierungsorganisationen, Parlamente und die Industrie mit in die Definition einer solchen Politik und deren Umsetzung eingebunden werden.

Dennoch sollte der Einfluss von rein versorgungsbezogener Diplomatie auf die weltweiten Energiepreise nicht überbewertet werden. Denn entgegen allen Versorgungsmaßnahmen wird mehr zur Reduzierung von Schwankungen bei der Öl- und Gasversorgung beigetragen, wenn weltweit Effizienzstandards für Güter wie Autos, Geräte und Elektronik erstellt werden oder wenn beispielsweise durch Joint Ventures in die Modernisierung von Bausubstanz in Russland und der Ukraine investiert wird. Wenn man sich auf die Bereiche konzentriert, in denen Europa politisch und technisch eine Führungsrolle besitzt, wie städtischer Verkehr, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, wird dies nicht nur zu verbesserten Ergebnissen für das weltweite Klima, sondern auch für die Wirtschaft der EU führen.

3. Verkehrspolitik ist Energiepolitik

2005 betrug der Anteil des Verkehrswesens am Ölverbrauch der EU rund 70%. Noch besorgniserregender ist dass 96 % der Europäischen Verkehrsaufkommens auf Erdöl basieren. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu den Ölschocks der 70er Jahre, als Öl vorrangig zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme verwendet wurde. Da Verkehrsinfrastrukturen nicht so schnell wie Elektrizität und Wärmeerzeugung auf andere Energiequellen umgestellt werden können ist es jetzt schwieriger, vom Öl wegzukommen als vor 30 Jahren.

Energiepolitik ist Verkehrspolitik. Gegenwärtig ist es undenkbar, Energiefragen ohne Berücksichtigung des Verkehrswesens anzugehen. Daher muss die Kommission dringend mit der Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verringerung des Ölverbrauchs beginnen:

- Die Effizienzstandards besonders von Pkw und Lkw müssen angehoben werden.
- Im Rahmen einer Partnerschaft zwischen den großen Städten der EU müssen Pläne für sanfte Mobilität und den Öffentlichen Nahverkehr erarbeitet werden.
- Es bedarf einer EU-Politik für ein europaweit harmonisiertes Eisenbahnsystem (v.a. technische Normen) und bessere Zugverbindungen.
- Die Internationalisierung aller externen sozialen und umweltbezogenen Kosten bei den verschiedenen Verkehrsarten, vorrangig bei Straßen- und Luftverkehr, soll einen gerechten Wettbewerb zwischen allen Verkehrsarten ermöglichen.
- Der Einsatz von umweltfreundlichen und auch für das soziale Klima günstigen Bio-Kraftstoffen, elektrischen Systemen und Brennstoffzellen auf Grundlage erneuerbarer Energien muss ausgeweitet werden.

Für große Ölgesellschaften muss eine Sondergewinnsteuer eingeführt werden.

4. Wettbewerbsfähigkeit: Der Binnenmarkt für Strom und Gas – eine milliardenschwere Fehlverteilung von Geld

Die Lissabon-Strategie sollte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft erhöhen. Wenn nicht gehandelt wird, können die aktuellen Energiepreissteigerungen diesen Prozess unterminieren. Die europäischen Verbraucher zahlen für Energie höhere Preise, da unter anderem die Weltmarktpreise gestiegen sind. Es führen jedoch noch weitere Faktoren zu höheren Verbraucherpreisen:

- Einige große Energieunternehmen erhöhen derzeit ihre Gewinne deutlich. Durch die Marktdominanz können sie deutlich höhere Preise berechnen als ihre Produktionskosten betragen. Die kumulierten vergrößerten Gewinne (sog. „windfall profits“) der größten Energieunternehmen in Deutschland und Frankreich werden im Zeitraum von 2005 und 2006 schätzungsweise die Marke von 20 Milliarden Euro überschreiten.
- Im Jahr 2005 wurde von der EU das Emissionshandelsprogramm (ETS) eingeführt. Obwohl den meisten Elektrizitätsunternehmen ihre CO₂-Emissionsberechtigungen kostenlos zugeteilt wurden, sind die Strompreise bei den Energiebörsen um 5 bis 8 Euro pro MW gestiegen. Dies basiert auf der Verrechnung der Kosten von CO₂ in den Preisen der Energiebörsen, was wiederum zu umfangreichen Gewinnen für einige wenige Stromversorgungsunternehmen und zu Nachteilen für große Teile der Gesellschaft führt.

Die Zunahme bei Sondergewinnen und sonstigen Einnahmen der Energieunternehmen hat eine starke Häufung von angestrebten Fusionen und Übernahmen verursacht, so zum Beispiel bei E.on-Endesa oder Suez-Gas de France. Diese Marktkonzentration stärkt die wirtschaftliche und politische Macht der großen Unternehmen und schwächt gleichzeitig Wettbewerb sowie technische Innovation. Alle Marktinstrumente wie der Handel mit CO₂ und mit grünen oder weißen Zertifikaten funktionieren nur unzureichend, solange die zugrunde liegenden Strom- und Gasmärkte parteiisch sind. Daher müssen folgende Schritte unternommen werden:

- Einführung einer Steuer auf Sondergewinne (auch Steuer auf aufgelaufene Gewinne genannt) bei Versorgungsleistungen. Diese Gelder sollen verwendet werden, um zum einen Ausgleichszahlungen an die Verbraucher zu leisten, die von Ungerechtigkeiten des Markts am stärksten betroffen sind; zum anderen sollen neue Marktakteure im

Bereich der industriellen Wärmekraftkopplung, der erneuerbaren Energien und Dienstleistungen zur Steigerung der Effizienz, unterstützt werden.

- Angleichung der Regeln für Fusionen und Übernahmen auf EU-Ebene und Treffen von Vorkehrungen gegen Marktdominanz.
- Eine neue, wieder stärkere Regulierung des Markts und Lösung besonders drängender Probleme wie Entflechtung von Eigentumsverhältnissen, Speicherzugriff oder die Trennung von Mitteln zur Stilllegung nuklearer Anlagen.
- Stärkung des europäischen Emissionshandelssystems und Gewährleistung, dass die nationalen Zuteilungspläne (NZP) keine Bevorzugung von Kohleenergie bewirken, sondern kurzfristig eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei der Energieerzeugung herbeiführen. Zu diesem Zweck muss die Versteigerung von CO₂-Berechtigungen bei der zweiten Phase des ETS eingeführt werden.

5. Nachhaltigkeit: Aufstellung einer nutzenbasierten Hierarchie für die verschiedenen Energieoptionen

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen allen Maßnahmen eine deutliche Priorität einräumen, von denen jede Seite ohne zusätzliche Risiken profitiert. Dazu gehören Änderungen bei den Verkehrsträger (v.a. Modal Split Straße-Schiene), Erkennen des Gesamtpotenzials von Energieeffizienz und -ersparnis, Vorantreiben eines umfangreichen Einsatzes erneuerbarer Energien und Änderungen in den Verhaltensweisen. Eine Gleichsetzung von erneuerbarer und nuklearer Energie ist zum einen ethisch-moralisch inakzeptabel und ignoriert zweitens auch, dass zu den beiden Technologien völlig verschiedene Risikobewertungen bestehen. Die Kernenergie sollte konsequent ausgeschlossen werden.

Eine neue Energiepolitik für Europa muss daher auf folgende Ziele ausgerichtet sein:

- Ausstieg aus der Kernenergie
- Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 2°C über dem Niveau der vorindustriellen Zeit
- Vorrang für nachhaltige Lösungen.

Atomenergie ist ein Problem und keine Lösung

Die Nutzung der Atomkraft hat keinen weltweiten Charakter. Lediglich 32 Länder der Welt nutzen diese, und sie deckt nur 6 % des Primärenergiebedarfs in der Wirtschaft. Für die Sicherung der Energieversorgung und des Klimaschutzes müsste die Produktion von Atomenergie massiv ausgeweitet werden. Aus diesem Grund ist die Atomenergie weder für die Sicherung der Energieversorgung noch den Klimaschutz eine Lösung. Außerdem verbietet sich eine ausgeweitete Anwendung der Atomenergie aus Gründen nicht vertretbarer

Risiken wie Unfälle, Verbreitung von Atomwaffen, Terrorismus, Abfälle und Umweltverschmutzung.

Der Einsatz von Atomkraft muss auslaufen, da er zu gefährlich und zu teuer ist und zur Verschmutzung der Umwelt führt. Die Anstrengungen bestimmter Regierungen, wie der französischen oder der britischen, zur Wiederbelebung der Atomenergie müssen zurückgewiesen werden. Denn dadurch wäre nicht nur jeglicher Konsens zwischen den Mitgliedstaaten blockiert, sondern auch die Legitimation der Kommission würde unterminiert, da viele Europäer diese bereits mit großer Zurückhaltung und nicht als eine vertrauenswürdige Einrichtung betrachten, die sich der Unterstützung ihrer Bürger für die europäische Idee sicher sein kann.

Klimawandel

Im Frühjahr 2005 hat der Europarat das Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf maximal 2°C über dem Niveau der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, erneut formuliert. Die aktuellen Entscheidungen in der Energiepolitik müssen über die Anstrengungen zur Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen des Kioto-Protokolls hinausgehen, sodass auf lange Sicht der Zielwert 2°C durch gesenkte CO₂-Emissionen auch erreicht wird. Damit diese Temperaturgrenze jedoch mit einiger Bestimmtheit eingehalten werden kann, muss die EU ihren Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 30 % und bis 2050 um mindestens 80 % senken.

Vorrang für nachhaltige Lösungen.

Bei der Abwägung von Reaktionen auf die genannten Herausforderungen wie Klimawandel, Öl, Atomenergie und geopolitische Probleme müssen Analysen über die Vor- und Nachteile des jeweiligen Lösungsansatzes vorliegen. Auf dieser Grundlage müssen die Lösungen bevorzugt werden, von denen jede Seite profitieren kann, die schnell umgesetzt werden können und bestimmte politische Zielstellungen ergänzen.

Somit kann eine klare Hierarchie für die Wahl der Energieträger aufgestellt werden:

Die „Champions League“

Fünf Lösungsansätze sind bei ihrer Einführung mit keinen oder nur geringen Risiken verbunden:

- Verkehrsvermeidung und Änderung bei den Verkehrsträgern (auch Verkehrseffizienz)
- Energieeffizienz beim Endverbraucher
- Erneuerbare Energien
- Effizienz bei der Energieerzeugung (Kraft-Wärme-Kopplung)
- Änderungen der Verhaltensweisen

Die „2. Liga“

Diese Lösungsansätze verkörpern einige Risiken und Mängel. Sie sind Lösungen zweiter Klasse, und einige davon vereinigen in eine solche Zahl von Nachteilen in sich, dass diese von künftigen Plänen und politischen Optionen ausgeschlossen werden müssen:

- Gas
- Kohle

Im Bereich Erdgas ist die große Abhängigkeit Europas von geopolitischen Krisenregionen ein massives Problem und Kohle kann solange keine ernstzunehmende Alternative darstellen als Kohlekraftwerke ihre CO₂ Probleme nicht gelöst haben.

6. Mit einer neuen „Energiekultur“ soll Europa bis 2020 zur energieeffizientesten Wirtschaft der Welt werden

Energieeffizienz spart bereits jetzt mehr Energie ein, als dies jede Art der Versorgung bieten könnte; es ließe sich aber noch viel mehr erreichen, besonders auf folgenden Gebieten:

Verkehr: Eine nachhaltige Lösung der weltweiten Energieprobleme ist nur durch grundlegende Veränderungen in der weltweiten Verkehrsnutzung zu erreichen. Es muss unbedingt eine neue Verkehrskultur aufgebaut werden, in der solche Lösungen, die zu einer Verringerung der Umweltbelastung (Schadstoffe wie z.B. Feinstaub sowie Lärm) geeignet sind, eindeutigen Vorrang genießen.

Elektrizität: Das technische und wirtschaftliche Potenzial zur Verbesserung der Energieeffizienz beim Endverbrauch von Strom (durch Festlegung von Mindeststandards, Kennzeichnung, moderne Finanzkonzepte wie Finanzierung durch Dritte) und zur Erhöhung des noch sehr niedrigen Wirkungsgrads bei der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen ist groß. Mindestens 20% des Stromverbrauchs im Haushaltsbereich kann zu geringeren wirtschaftlichen Kosten eingespart werden, als diese Energie durch den Bau neuer Kraftwerke zu erzeugen. Der Wirkungsgrad bei bestehenden Kohlekraftwerken liegt bei etwa 35 %, bei modernen Gaskraftwerken hingegen beträgt dieser bis zu 60 % und die Energieausbeute kann noch weiter vergrößert werden, wenn auch die Abwärme genutzt wird. Die riesigen Potentiale Europas im Bereich effizienter erneuerbarer Energien sind ein weiteres wichtiges Standbein.

Gebäude: Der Gebäudesektor verbraucht EU-weit 40 % der Energie. Eine beschleunigte Sanierung der bestehenden Bausubstanz und der Einsatz moderner Technik können den Energieverbrauch für die Heizung oder Kühlung von Gebäuden drastisch senken. Wenn diese Vorgehensweise mit der Modernisierung und Ausweitung zentraler Fernheizungssysteme sowie dem Einsatz erneuerbarer Energien kombiniert wird, können die Energiekosten und der CO₂-Ausstoß deutlich gesenkt werden. Die sich dadurch beim Erdgas

ergebenden Einsparungen erhöhen die Versorgungssicherheit und Verringern die Abhängigkeit Europas von Gasimporten.

7. Das Jahrhundert der erneuerbaren Energien: Der großen Vielfalt erneuerbarer Energien den Weg ebnet

Erfahrungsgemäß sind neue Techniken bei ihrer Einführung teuer, aber im gleichen Maß, wie die akkumulierte Gewinnung zunimmt, nehmen auch die Kosten ab. Als allgemeine Regel für erneuerbare Energien kann gilt, dass die Kosten pro Energieeinheit bei jeder Verdopplung der akkumulierten Gewinnung um ca. 20 % abnehmen. Im Verlauf der letzten 15 Jahre haben sich die Kosten für Windenergie in Europa halbiert.

Die erneuerbaren Energien finden zunehmend besonders in drei Bereichen Anwendung:

- Heizung und Kühlung: Bis 2020 muss in der EU ein Anteil von 25 % erneuerbarer Energien im Wärme/Kühlungsbereich als Ziel verbindlich festgeschrieben werden.
- Strom: Besonders bei der Nutzung des großen Potenzials von Wind in Hochseegebieten der Nordsee, von Biomasse und im Bereich Solarthermie ist eine Weiterentwicklung möglich. Weitere Forschung ist in den Bereichen Wellen, Gezeiten und Photovoltaik erforderlich.
- Treibstoff: Hier besteht ein gewisses Potenzial im Bereich der Biotreibstoffe, jedoch müssen dabei der gesamte Energie- und Klimahaushalt sowie dessen Auswirkungen auf nachhaltige Methoden in der Landwirtschaft stärker berücksichtigt werden.

Um bis 2020 das Ziel eines 25%igen-Anteils erneuerbarer Energien zu erreichen – was äußerst wichtig für die Vertrauensbildung bei Investoren ist – müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Das gilt in gleicher Weise auch für eine beschleunigte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung in allen Industrieanlagen. Erneuerbare Energien haben auch den Vorteil, dass sie in weiten Teilen der Öffentlichkeit anerkannt sind, wie das Eurobarometer Energie 2006 kürzlich bewiesen hat.

8. Ein neuer Ansatz: Eine Partnerschaft für eine neue Kultur der Energie und des Verkehrs

Wenn die EU sich wirklich nachhaltig den aktuellen Herausforderungen stellen will, ist ein vollkommen neuer Ansatz notwendig. Die Politik muss von einer zentralisierten, elitären und auf kurzfristigen Gewinn orientierten Verfahrensweise hin zu einem Handeln gelangen, das sich durch demokratische Beteiligung und Nachhaltigkeit auszeichnet. Die letzten Wochen haben bewiesen, dass eine einheitliche Politik der EU die nationale Politik nicht ergänzen kann. Folgende Partnerschaften sind notwendig:

- Globale Partnerschaft für Energie- und Verkehrseffizienz und für die Entwicklung erneuerbarer Energien.
- Partnerschaft zwischen EU-weiter und nationaler Ebene durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Agentur für intelligente Energie und den nationalen Energieagenturen.
- Partnerschaft zwischen der regionalen und lokalen Ebene. Die politischen Rahmenbedingungen werden zwar meist auf europäischer und nationaler Ebene geschaffen, die meisten Entscheidungen, auch zu Investitionen, werden jedoch regional oder lokal getroffen.
- Partnerschaft mit den großen europäischen Städten. Vor allem in der Verkehrspolitik wird sich nicht viel ändern, wenn die großen Städte nicht miteinander und auch auf EU-Ebene eine Partnerschaft eingehen, um die Städte umweltfreundlicher zu machen.
- Partnerschaft mit Industrien der Zukunft. Weitere Gewinne beim Wirkungsgrad und der Wirtschaftlichkeit durch Massenproduktion können durch europaweite Zusammenarbeit erreicht werden.
- Partnerschaft mit den Bürgern. Wir brauchen auch einen Wechsel der Kultur, wenn wir Veränderungen bei Energie und Verkehr in Angriff nehmen. Das letzte Eurobarometer hat gezeigt, dass die Bürger zu diesem Wechsel bereit sind. Die EU wird das Herz und den Verstand ihrer Bürger und der Zivilgesellschaft nicht mit Werbung für einen Ausbau der Atomenergie gewinnen.

Dieses Dokument können Sie kostenlos herunterladen unter: www.stopclimatechange.net

Weitere Informationen:

Michel RAQUET,

Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Energiefragen der Fraktion die Grünen/EFA im Europäischen Parlament,

mraquet@europarl.eu.int

Tel: +32-2-2842358

www.greens-efa.org

Bildquelle: www.istockphoto.com

Kraftwerk : Robert Brown
Solarenergie-Gebaute: kelvin wakefield

Windkraftwerke : Arturo Limon

Ölförderturm : Juliana Halvorson

Zug im Bahnhof : Hon Fai Ng